

Vertriebspreis
in Altensteig 12 Pf.
außerh. 12 Pf. 45
...
Gründet 1877.



Die 10tägige Zeit
oder deren Raum
50 Pf. Die 14tägige
...
Verlagspreis 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

№. 145 | Druck und Verlag in Altensteig. | Donnerstag, den 24. Juni | Mittelblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. | 1920.

In keiner Zeit

war es nötiger als gerade jetzt eine Zeitung zu halten, welche über die wichtigen äußeren und innerpolitischen Vorgänge, sowie über die wirtschaftl. Fragen orientiert. Die Zeitung „Aus den Tannen“ trägt allen Anforderungen Rechnung. Bestellungen hierauf nehmen für das bevorstehende neue Quartal alle Postanstalten und Postboten, sowie die Agenturen und Austräger unserer Zeitung entgegen. Bezugspreis vierteljährlich in Altensteig 12 Mark, außerhalb 12 Mark 45 Pfennig.

Die Konferenz in Boulogne.

Die Konferenz in Boulogne ist am Dienstag zu Ende gegangen. Ihr Ergebnis läßt sich an den vorliegenden, den amtlichen wie den nichtamtlichen, einseitigen nicht deutlich erkennen. Es scheint indessen, daß, mögen auch gewisse Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen sein, doch beträchtliche Reste übriggeblieben sind. Das kommt daher, weil eben zwischen England und Frankreich, besonders aber Italien, die Grundzüge für das, was jetzt geschehen muß, wesentlich auseinandergehen. Frankreich will nach wie vor den Friedensvertrag mit Deutschland in allen Einzelheiten genau durchgeführt und gegebenenfalls Gewalt angewandt wissen, und darüber ist man eben auch in Boulogne nicht einig gewesen. Ebenso scheint es in der Frage der deutschen Entschädigung noch zu keiner Einigung gekommen zu sein, wenngleich die Entwürfe wohl greifbarere Gestalt angenommen haben. Man spricht nun davon, daß zwar (entgegen dem französischen Wunsch) eine Gesamtsumme festgesetzt, dagegen die Jahresrate beglichen werden soll. Auf französischer Seite hat man es darauf abgesehen, unser Zoll- und Finanzwesen unter Kontrolle zu stellen, ähnlich wie man es mit Oesterreich gemacht hat. Man muß das weitere abwarten. Guttes Verheißt die Konferenz von Boulogne für Deutschland nicht.

Der amtliche Bericht.

Boulogne, 23. Juni. Die Konferenz hat ihre Arbeiten am Dienstag um 1 Uhr nachmittags beendet. Der Presse wurde folgende Erklärung überreicht: Der dritte Zusammentritt der Konferenz von Boulogne fand von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt. Es wurde von neuem die Frage der Wiedergutmachungsfrage und deren Verteilung auf die Verbündeten besprochen. Es wurde beschlossen, daß die französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen in Paris zusammenzutreten werden, um auf den abgestimmten Grundlagen gemeinsame Vorschläge auszuarbeiten, die am 2. Juli in Brüssel den Verbündeten unterbreitet werden sollen, damit diese ihr Abkommen vor der Konferenz von Spa endgültig festsetzen können. Die zweite behandelte Frage war die der Abrüstung Deutschlands. Die Konferenz genehmigte die von den militärischen Sachverständigen vorgelegten Entwürfe und stimmte ihnen auch in der Frage des Eigentumsrechts an zerstörtem Material zu. Die Nichtausführung der Bestimmungen des Friedensvertrags in Bezug auf die Kohlenlieferungen wurde von den französischen Vertretern neuerdings vorgebracht. Auf der nächsten Konferenz in Brüssel soll nach den Anträgen der Wiedergutmachungskommission in dieser Frage Beschluß gefaßt werden. Zum Schluß wurde Kenntnis genommen, daß die in London begonnenen wirtschaftlichen Verhandlungen mit den russischen Mädevertretern fortgesetzt werden, daß aber deshalb von einer politischen Anerkennung der Räteregierung keine Rede sein kann.

Deutschlands Entwaffnung.

Über die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags ist die „Telegraphen-Union“ in der Lage, folgende zuverlässige Mitteilungen zu machen: Die Abrüstung unserer Wehrmacht auf die uns von der Entente bis 10. Juli zugestandenen 200 000 Mann wurde im Mai durchgeführt. Ueber die weitere Beibehaltung eines Reichsheeres in dieser Stärke soll in Spa verhandelt werden. Die 7 Divisionen sind mit dem im Friedens-

wehrgruppenkommandos — diese entsprechen den Generalkommandos des Friedensvertrags — unterstellt. Die früheren sieben Arme-Inspektionen und 25 Generalkommandos sind aufgelöst, ebenso die Oberste Weeresleitung, der Große Generalstab und die Kriegsministerien Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs. Statt dessen ist das Reichswehrministerium mit der im Vertrage vorgeschriebenen Höchststärke gebildet. Ferner sind aufgelöst: die Kriegsakademie in Berlin und München, sämtliche Kriegsschulen, Kadettenkorps und Unteroffizierschulen. Es bestehen zurzeit nur je ein Infanterie-, Kavallerie-, Artillerie- und Pionierschule. Die Zahl der Schüler bleibt jedoch weit hinter der uns zugestandenen zurück, da nicht genügend Offiziersaspiranten vorhanden sind. Die Schule für Nachrichtenstruppen mußte, obwohl sie nicht gegen den Friedensvertrag verstößt, auf Einspruch des Generals Koller wieder aufgelöst werden. Das Zivilpersonal bei den Verwaltungsbehörden beträgt für das 200 000-Mann-Heer nur noch ein Fünftel des Stabs von 1913.

Die Bestände an Geschützen, Maschinengewehren und Wewehren sowie der dazugehörigen Munition werden bauernd im gleichen Verhältnis mit der Verabstimmung der Weeresstärke verringert. Eine weitere Verminderung tritt erst nach Entscheidung über das 200 000-Mann-Heer ein. Auch mit der Zerstückung der Festungsartillerie ist begonnen, nachdem seitens der Entente im Widerspruch mit Artikel 167 des Friedensvertrages Deutschland nur noch 5 Festungen (Pillau, Swinemünde, Königsberg, Uman, Rastria) mit ganz geringer Bestückung zugestimmt wurden. Das gesamte in Deutschland befindliche Kriegsgerät nicht deutscher Herkunft ist der internationalen Kontrollkommission zur Verfügung gestellt, die Ueberrahme im Gange. Die Fabriken, die weiterhin für die Herstellung des Kriegsgeräts vorgesehen sind, wurden bereits vor mehreren Monaten namhaft gemacht. Die Entscheidung der Entente steht noch aus. Alle anderen Anlagen zur Herstellung von Kriegsgerät sind geschlossen oder werden unter Kontrolle der Entente auf die Friedenswirtschaft umgestellt. Infolge Zerstückung der Spezialmaschinen, Vernichtung der Zeichnungen usw. sind sie zur Anfertigung von Kriegsmaterial nicht mehr befähigt. Alle Depots (Zeughäuser), die nicht zur Lagerung der uns zugewilligten Bestände dienen, sind entmilitarisiert und in den Besitz der Reichstreuhandgesellschaft übergegangen. Die Kontrollkommission der Entente sind bereits seit Monaten tätig. Die Kontrolle erstreckt sich nicht nur auf die staatlichen Anlagen sondern auch auf alle in der Kriegsindustrie beschäftigten Privatfabriken, deren Zahl wohl an 25 000 heranreicht.

Das Regierungsprogramm.

Das Regierungsprogramm, das in den letzten Tagen zwischen den Führern des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei vereinbart worden war, hat folgenden Wortlaut: Die vornehmlichste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Ihn auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig zu fördern, ist der einheitliche und feste Wille der Regierung. Alle Parteien fordern wir auf, in einer Zeit, in der es um Leben und Sterben unseres Volkes geht, in den auswärtigen, wirtschafts- und finanziellen Fragen, die unsere Lastrast in Anspruch nehmen müssen, verfassungsmäßige Kämpfe zurücktreten zu lassen. Die Regierung wird mit Entschiedenheit alle Versuche einer gewalttätigen Umwälzung, woher sie auch komme, bekämpfen. Sie steht auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnt daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder der Bewilligung von Vorrechten an eine Klasse ab. Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß jeder sozialistischen und religiösen Vergewaltigung. Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Besetzung der nicht rein politischen Ämter wird für uns persönliche Tüchtigkeit, nicht die Parteizugehörigkeit sein. Von den Beamten und von allen Angehörigen der Reichswehr verlangen wir, daß sie, auf dem Boden der Verfassung stehend, gewillt sind, in ihrer dienstlichen Tätigkeit die Regierung rückhaltlos zu unterstützen.

WTB. Berlin, 23. Juni. Die Verhandlungen des Reichslanzlers über die Bildung des Kabinetts haben heute ihren Fortgang genommen, ohne daß irgendeine Stöckung eingetreten ist. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in kürzester Zeit das Kabinett zum min-

Württ. Landtag.

Staatspräsident Dr. v. Hieber.

Stuttgart, 23. Juni. In der heutigen Sitzung des württ. Landtags wurde Kultminister Dr. v. Hieber mit 52 Stimmen zum württ. Staatspräsidenten gewählt. Rechtsanwalt Krauth erhielt 27 Stimmen, Finanzminister Dieckhoff 1 Stimme. Die U.S.P. enthielt sich der Stimme.

Präsident Walter eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Es erfolgt sogleich die Wahl des Staatspräsidenten an der sich 63 Abgeordnete beteiligten.

Staatspräsident v. Hieber: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das das Haus mir ausgesprochen hat und erkläre mich zur Annahme der Wahl bereit. In überaus schwerer Zeit soll mir das Amt des Staatspräsidenten übertragen werden. Ich bin mir der Schwere und Tiefe der Verantwortung vollumfänglich bewußt. Dieses Amt kann nur geführt werden, wenn alle Kräfte einheitlich zusammenwirken. Es kann nur geführt werden, wenn ein lebendiges Zusammengehörigkeitsgefühl von Volk und Staat alle Schichten des Volkes belebt und durchdringt. Es kann nicht geführt werden ohne den starken Willen, uns gegenseitig zu tragen und zu verteidigen; nicht ohne die unbedingte Treue zur Einheit des deutschen Volkes. Das bisherige Staatsministerium hat nach der Verfassung bis zur Bildung des neuen Ministeriums die Geschäfte weiter zu führen. Meine nächste Aufgabe ist es, das neue Ministerium zu bilden und ich werde, sobald das geschehen ist, dem Herrn Präsidenten Mitteilung machen, damit der Landtag neu zusammentreten kann und die durch die Verfassung vorgeschriebene Grundlage für die Bildung des neuen Staatsministeriums durch das Vertragen des Landes geschlossen wird. Es liegt mir noch ob, und ich glaube, dies in Ihrer aller Namen auszusprechen zu dürfen, den Dank des Hauses und des württ. Volkes zu sagen an den Mann unter uns, der bisher das hohe Amt des Staatspräsidenten geführt hat. Er hat trotz der Last der Jahre, zuerst als Vorkämpfer der von Regierung, dann auf der Grundlage der Verfassung, durch das Vertrauen der Volksvertretung berufen, dieses Amt anvertraut mit Ruhe und Würde, Klugheit, Besonnenheit und Entschiedenheit geführt.

Präsident Walter schloß sich auch seinerseits den Worten des Dankes für den früheren Staatspräsidenten an und beglückwünschte dann den neuen Staatspräsidenten herzlich. Die politische Situation im Reich und Land sei ungemein schwierig, sie erfordere Klugheit, Ruhe, Umsicht und Vorsicht. Die Vorgänge der letzten Nacht zwingen mich, an den Herrn Staatspräsidenten die dringende Bitte zu richten, möglichst bald zur Bildung der neuen Regierung zu schreiten und sofort in eine Behandlung der Lebensmittel- und Preisfrage einzutreten.

Staatspräsident v. Hieber erklärte, daß er dieser Bitte sehr gerne nachkommen werde.

Abg. Dos dankte hierauf noch herzlich für die Worte der Anerkennung, die er nicht verdient zu haben glaubte. Er brachte dem neuen Staatspräsidenten seine besten Wünsche zum Ausdruck mit dem Wunsche, daß er möglichst bald der schwerelastigen Herr werden möge, die im Lande befehlen.

Im neuen Ministerium Hieber dürften wohl Staatspräsident Hieber selbst das Kultministerium, Dieckhoff die Finanzen, Bols die Justiz übernehmen.

Neues vom Tage.

Auflösung der preussischen Landesversammlung.

Berlin, 23. Juni. Die unabhängige Fraktion der preussischen Landesversammlung wird einen Antrag auf Auflösung des preussischen Parlaments am 10. Juli einbringen. Der Ältestenrat wird heute darüber Beschluß fassen, wann der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird. — Der 10. Juli ist wohl deshalb gewählt worden, weil auch die Unabhängigen den Wunsch haben, die neue Verfassung noch durch die „verfassunggebende Landesversammlung“ feststellen zu lassen.

Unter aller Menschenwürde.

Frankfurt a. M., 23. Juni. Noch immer tauchten Hunderte von deutschen Kriegsgefangenen in französische Gefangenschaft. Frankreich hat, wie die „Frankf. Ztg.“ bemerkt, bei der allgemeinen Auslieferung nicht nur die etwa 20 deutschen Kriegsgefangenen zurückbehalten, die sich Verbrechen zuschulden kommen ließen, sondern auch solche, denen nur Vergehen gegen die Disziplin und die Lagergesetze nachgewiesen worden waren. Die Angaben über die Zahl der Zurückgehaltenen schwanken zwischen 500 und 800. Allein im Zentralwacht haus in Avrignon befinden sich 421 Deutsche. Dem Blatte wurden Briefe von diesen Unglücklichen gezeigt: ihr Los ist verzweifelt. Bei härtester Zwangsarbeit, Mißhandlungen und von Hunger gequält, sind sie moralisch gebrochen. Unterkunft, Verpflegung und Behandlung sind unter aller Menschenwürde. Briefe und Pakete waren monatelang für die Unglücklichen gesperrt. Aussicht auf Erlösung sehen sie nicht; sie glauben sich von der Heimat vergesen. Bei fast allen Zurückgehaltenen handelt es sich um ganz leichte Vergehen.

Bayerische Umtriebe.

Frankfurt a. M., 23. Juni. Aus München wird der „Frankf. Zeitung“ gemeldet: Der Vorsitzende der Münchner Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei Prof. Dr. Otto, machte in einer Mitgliederversammlung seitensamer Andeutungen über außenpolitische Umtriebe, die angeblich von bayerischer Seite ausgingen. So sei von bayerischen Politikern in San Remo mit Franzosen, in Zürich mit Engländern verhandelt worden. Ein Sendling weile augenblicklich in Paris. Es gebe Leute in Bayern, die glaubten, Franzosen und Engländer gegen einander auszuwickeln zu können. — Prof. Otto wird wohl nicht umhin können, so meint die „Frankf. Ztg.“, diese Andeutungen näher zu erläutern.

Gegen die neuen Kartoffelpreise.

Detmold, 23. Juni. Die Festsetzung des Kartoffelpreises auf 30 M. für den Zentner vom Reich hat in der Bevölkerung eine starke Erregung hervorgerufen. Das Lippe'sche Landesparlament hat an die Reichsregierung ein Telegramm geschickt, in welchem darauf hingewiesen wird, daß durch eine solche starke Steigerung der Preise notwendiger Lebensmittel weite Volkskreise in schwere Not geraten. Es wird energisch gegen diese Preise protestiert.

Die Absperrung Ungarns.

Genf, 23. Juni. Nach einer „Temps“-Meldung verweigerte Ministerpräsident Millerand die Annahme der Forderung des allgemeinen französischen Arbeiterbunds auf Anschluß Frankreichs an den internationalen Wirtschaftsboykott gegen Ungarn. Der „Matin“ meldet aus London: Die englischen Gewerkschaften lehnen die Durchführung des Boykotts gegen Ungarn ab.

Tsch eine bürgerliche Regierung.

Berlin, 23. Juni. Laut Abendblätter herrscht in parlamentarischen Kreisen die Meinung vor, daß die weiteren Verhandlungen Fehrenbachs Erfolg haben werden und daß doch noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte zustandekomme.

Berlin, 23. Juni. Infolge der jüngsten Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung sind sämtliche Fraktionen des Reichstags zusammengetreten, um zur Lage Stellung zu nehmen. Die Schwierigkeiten seien darauf zurückzuführen, daß die Reichssozialdemokraten der im Bildung begriffenen Regierung das Vertrauen versagen. Die zweite Schwierigkeit liegt in der von der Deutschen Volkspartei aufgeworfenen Frage der Besetzung gewisser Posten. Nach der Stellungnahme der Sozialdemokraten werde in führenden demokratischen Kreisen es für unmöglich gehalten, daß die Regierung noch aus dem Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei zustandekomme. Man glaube, daß nunmehr nur übrig bleibe, eine Regierung aus Zentrum und Deutsche Volkspartei zu bilden, die die Demokraten in den parlamentsähnlichen Formen unterstützen würden.

Anspruch auf den Präsidentenposten.

Berlin, 23. Juni. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig beschlossen, Anspruch auf den Präsidentenposten des Reichstags dringend zu erheben und dafür den ehemaligen Vizepräsidenten Lobe vorzuschlagen.

Beilegung des Arztes- und Krankenkassenstreits.

Berlin, 23. Juni. Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Kassendärzte mit dem Kongress stattgefunden haben, haben zu einer völligen Übereinstimmung geführt. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergehen lassen, um den vertragslosen Zustand aufzuheben.

Eselstrecke.

Die Wahrheit richtet sich nicht nach uns, wir müssen uns nach ihr richten. **M. Claudius.**

Im Zuge der Not.

Roman von G. Dressel. Nachdruck verboten. (8. Fortsetzung.)

„O ja, es war zu haben und das sofort.“ Man war doch ein erstklassiges Hotel.
 „Mit erstklassigen Preisen natürlich.“ sagte sich Volrad, heimlich geworden. In dem erfrischenden Bad mit der abschließenden Dusche vergaß er seine Besorgnis wieder. Er war leidenschaftlicher Wasserschwärmer, soweit es sich um äußerliche Ruhanwendung oder Sportzwecke handelte. Als der belebende lähle Guß ihn wohligh umflossete, stand es bei ihm fest, kein Bogis ohne Badegelegenhait zu nehmen.
 „Lieber will ich hungern, als mein tägliches Gesundheitsbad entbehren. Uebrigens, gut gestriegelt ist bald gefuttert. Es wird schon gehen.“
 Ungeachtet dieser weisen Oekonomie ließ er sich zunächst ein ausgiebiges Frühstück servieren und tresslich schmecken. „Ich muß heut meine Kräfte zusammenhalten.“ dachte er, um wollen Baden launend.
 Dabei notierte er sich aus dem General-Anzeiger eine ganze Kolonne von Zimmerofferten. Darauf erkundigte er sich bei dem aufwartenden Kellner, wo das Geschäftslokal der Firma Brügge gelegen sei.
 Der gab bereitwillige Antwort. Hinter dem eleganten Drum und Dran des jungen Hamburgers witterte er offene Hand, und die Frage nach der stadtbekanntem großen Firma heugerte noch seinen Respekt. Gefällig fügte er seinem „Am Heumarkt, unweit des alten Rathauses.“ hinzu: „Den Herren Kommerzienrat sprechen Sie am besten vor oder nach der Börse. Die wird meist zwischen zwölf bis eins abgehalten. Im Kasino pflegt Herr Kommerzienrat dann persönlich ein Aufnahmestündchen zu nehmen.“

Explosion eines Artillerie-Munitionslagers.

Mainz, 23. Juni. Ein großer Teil des Artillerie-Munitionslagers Uhlertborn an der Strecke Mainz-Bingen ist heute nacht in die Luft geflogen. Das Uebergreifen der Explosion auf weitere Teile des Lagers wurde von französischen Soldaten verhindert. Hierbei fand der Adjutant des 166. Infanterie-Regiments den Tod. Die Gefahr weiteren Umfischgreifens der Explosion ist beseitigt. Der Zugverkehr, der auf einige Stunden über andere Strecken umgelenkt werden mußte, wurde wieder aufgenommen.

Nicht mehr wie 100 000 Mann!

Paris, 23. Juni. Havas meldet aus Voulogne: Das weitere Ergebnis der Konferenz von Voulogne ist die vollkommene Uebereinstimmung der Alliierten in der Frage der Herabminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann. Die Stärke der Polizeitruppen darf nicht über die im Friedensvertrag vorgesehene Anzahl hinausgehen. Die Konferenz billigte den Vorschlag der französischen und englischen Sachverständigen für die Ausarbeitung der finanziellen Klauseln des Vertrags. Die Alliierten werden am 5. Juli in Spa die Vorschläge der deutschen Delegierten über die Art, in der Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen will, entgegennehmen.

Die Hilfe der Alliierten.

London, 23. Juni. (Neuer.) Nach einer Blättermeldung aus Voulogne, hat Lord George mitgeteilt, daß die griechische Hilfe für die Alliierten sich auf eine Division beschränke.

England und das französisch-belgische Bündnis.

Amsterdam, 23. Juni. Im englischen Unterhaus sagte Unterstaatssekretär Harmsworth in Erwiderung auf eine Anfrage, seines Wissens sei in Paris zwischen Marschall Foch und dem belgischen Generalstabschef eine Besprechung über den Abschluß eines militärischen Abkommens zwischen Belgien und Frankreich abgehalten worden. Harmsworth fügte hinzu, ein Zustandekommen dieses Vertrags würde nicht bedeuten, daß dadurch der Vertrag zum Schutze von Belgiens Neutralität, den England mitunterzeichnet habe, hinfällig werde. (Daß England das französisch-belgische Bündnis, das Belgien in Abhängigkeit von Frankreich bringt, keineswegs gleichgültig sein kann, liegt auf der Hand.)

Verlegung der Internationale nach London.

London, 23. Juni. (Neuer.) Bei der heute in Scarborough eröffneten Konferenz der englischen Arbeiterpartei, an der 1150 Delegierte teilnahmen, sagte Dymans in einer Rede, er werde in Genf beantragen, daß das Internationale sozialistische Sekretariat nach London verlegt werde, weil der künftige Mittelpunkt der Internationale in einem mächtigen Lande mit einer mächtigen Partei liegen müsse.

Köln, 23. Juni.

Die interalliierte Kommission verbot den Steuerabzug vom Lohn im besetzten Gebiet.

Rom 23. Juni.

Pa'elli ist zum päpstlichen Nuntius in Deutschland ernannt worden.

Bukarest, 23. Juni.

Averescu hat das Kabinett mit Joneacu als Minister des Äußern gebildet.

Brüssel, 23. Juni.

Nach Meldung der Derniere Heure ist zwischen England und Belgien ein Abkommen über Deutsch-Ostafrika abgeschlossen worden, das den belgischen Kolonien unter Wegfall aller Zollschranken eine Verbindung mit dem Indischen Ozean eröffnet.

Unsere Zeitung bestellen!

„Das liegt“
 „Gleichfalls am Heumarkt im Bärenhaus selbst. Hozgügliche Küche und Getränke. Oekonom ersten Ranges natürlich.“
 „Wissen Sie vielleicht auch die Bureaustunden des Kommerzienrats?“ fragte Volrad, den der Totalpatriotismus des Blattrösterten amüsierte.
 „Ich glaube, so ziemlich den ganzen Tag. Herr Brügge ist einer der eifrigsten unserer Großhandelsherren, ein enormer Arbeiter, der auch viel von seinen Angestellten verlangt. Na ja, er hat auch was vor sich gebracht. Soll einer der höchstbesteuerten hier sein.“ schaltete er mit gedämpfter Vertraulichkeit ein. O, er kannte sich aus. Der junge elegante Herr, der vermutlich Geschäfte mit der Firma Brügge suchte, würde für die Mitteilung dankbar sein.
 Dem ward's ein bißchen schmil dabel.
 „Ja, ja, den geschlagenen Tag durch über den Kontobüchern hoden, stereotype Börsenstunden halten, das schafft's und erhält's, Vater und ich haben nur das Schmuffeln tonsequent durchgeführt und uns zu gern auf den windigen Bretterlisten verlassen, der uns dafür in die Tinte ritz. Hier komme ich anscheinend unter 'ne strenge Fuchtel, werde zum Dauerarbeiter trainiert. Heißiger Merkur, wenn du mir wenigstens die süße Annelise zur Aufmunterung hierhersehest. Du aber, mit deinen raslosen geflügelten Füßen, hast am Ende gar deine helle Freude an dem wunderlustigen Wädel, das so energisch seinen Vorteil erjagen will.“
 Während ihm der Kellner eifertig in den langen englischen Paletot half, fragte Volrad noch: „Liegen Familienwohnung und Kontorräume im gleichen Hause?“
 „Bewahre. Die Villa Brügge steht weit draußen vor dem Königstor in der schönen Blücherstraße. Also Westend. Ein pompöser Bau. Neuester Stil. Und innen erst, ab — — —“
 Volrad, der mit Würde eine mokante Miene unterdrückte, wollte nun mit einem süchtigen „Dante“ gehen, aber der Redfelle, der inzwischen vergeblich nach dem passenden Ausdruck seines Entzückens gesucht, ereilerte sich jetzt: „Jawohl, mein Herr, wir Stettiner oerleben uns durchaus nicht bloß auf das Rechnen von alters her. Wir halten es sehr sehr mit der Neuzeit, die gerade uns Internierten mit dem Sprengen des Festungsgürtels enorme Vorteile und Fortschritte brachte. O ja, auch wir haben nun Kunstsin. Auch wir lieben das Schöne und Glanzvolle, überhaupt alles, was für Geld zu haben ist. Er werden ja sehen. Die Villa ist faktisch eine Sehenswürdigkeit, die junge Frau Kommerzienrat aber zweifelsohne die schönste Dame von Stettin.“
 „Auch sie für Geld zu haben?“ schob es Volrad durch den Sinn. Unangenehm berührt, ohne sich doch recht fagen zu können weshalb, ließ er den gefälligen Schwärmer stehen.
 „Eine geborene Baronin Rieger.“ ergänzte der noch, die Tür weit vor dem Hotelgast aufreißend, „alle Familie.“
 Volrad aber dachte im schmeigenden Hinausgehen: „Doch keine Geldheirat. Wenigstens nicht von seiner Seite. Ich werde jedenfalls auch nicht auf Geld sehen. Allerdings ein tomisches Exempel, wenn man Null mit Null multiplizieren wollte. Ob ich das rausstrige? Na, vielleicht lernt sich auch das unter der Zwangsjuchtel.“
 Nun trat er auf die Straße, deren hügliges Gefälle ihm auffiel, und bemerkte alsbald, daß viele Straßen der Altstadt über gleiche Bodenwellungen liefen, und das war ihm, dem Sohn niederfachlicher Parischebene, etwas Unbekanntes und Interessantes.
 Dann erinnerte er sich, daß die pommerische Hauptstadt Jahrhundert durch Festung gemessen sei, und dachte, diese erhöhte Lage müsse sie besonders hierfür prädestiniert haben. Ihrem natürlichen Schutzgürtel von Wasserläufen und Erdwällen hatten dann künstliche Befestigungen nachgeholfen, die schon unter den pommerischen Herzögen dragan, unter den Schwedenkönigen fortgesetzt wurden, bis Stettin im Stockholmer Frieden an Preußen fiel und unter Friedrich Wilhelm I. besonders stark befestigt wurde.
 Aber der Schanzensichug verhinderte auch die räumliche Ausdehnung der Stadt und hemmte in gewisser Hinsicht ebenio eine rege geistige Entwicklung. Während andere Städte mit kräftigen Armen ins weite Land griffen und einen rapiden Aufschwung nahmen mit der Terrainszunahme, blieb Stettin ein schlummerndes Dornröschen, bis dann endlich seine Erlösung kam, indem die Festung in den fiebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aufgehoben wurde.

Fortsetzung folgt.

Aus Stadt und Land.

Miensteig, 24. Juni 1897.

Bestigt wurde auf Anfragen in gleicher Eigenschaft der Finanzsekretär Benzling in Neffen zu dem Finanzamt Miensteig, übertragen eine Oberkontrollerkstelle bei dem Finanzamt Miensteig dem Finanzsekretär Zwirn in Uraach. Bestigt wurde die Wahl des Kassierers Eugen Berger in Balersbrunn zum Ortsvorsteher der Gemeinde Balersbrunn.

Wegzug. Nach etwa 11 jährigem Aufenthalt ist gestern Oberpostmeister Krämer mit seiner Familie von hier weggezogen, um die Oberpostmeisterstelle in Walldingen zu übernehmen. Oberpostmeister Krämer hat sich hier durch sein freundliches und gefälliges Wesen allgemeiner Beliebtheit erfreut und hat sich in seinem Amte als tüchtiger Postmeister erwiesen. Nur ungern sah man ihn deshalb von hier scheiden. Durch eine benachteiligte Kippfahrgastbindung zuleht zu einem Aufenthalt im Perzilsfrankenhaus in Nagold gezwungen, wußte von einem öffentlichen Abschied hier abgesehen werden. Es seien deshalb dem Eheverben an dieser Stelle die besten Wünsche für seine Gesundheit mit auf den Weg gegeben und ihm und seiner Familie ein herzliches Lebwohl zugesprochen.

Anmeldungen deutscher Forderungen beim Reichsausgleichsamit. Die früher in Eilsch-Bohringen ansässigen deutschen Staatsangehörigen, insbesondere die Inhaber von Sparbüchern Eilsch-Bohringer Sparkassen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist zur Anmeldung ihrer Ansprüche am 30. Juni 1920 unwiderrücklich abläuft. Die Sparkassen sind bereit Anmeldungen von Forderungen entgegenzunehmen, um sie an das Reichsausgleichsamit einzureichen.

Organisationsfrage. Am 1. Juli fällt die seitigerer Verpflichtung der Lehrer zum Organistendienst. Von diesem Tage an beruht die Uebnahme dieses Dienstes auf freier Entscheidung jeter's des Lehrers. Diese zeitgewähe Aenderung hat zur Folge, daß zwischen Kirchengemeinde und Lehrer der Organisten dienst vertragsgewäh geregelt werden muß. Wohl mögen da und dort schon Verträge abgeschlossen worden sein, aber im Allgemeinen sind die Vertragsschließen trotz der schon lange sich hinziehenden Verhandlungen zu einem heide Teile betriebig nben Ergebnis noch nicht gekommen. Einer endgültigen Regelung der Angelegenheit stand bis jetzt in der Hauptsache die Frage der Entschädigung im Wege. Um zu einer im Interesse unserer Kirchengemeinden liegenden Verständigung zu gelangen, sei noch in letzter Stunde von dieser Stelle aus an die Herren Geistlichen und Kirchengemeinderäte ein wohlgemeintes Wort gerichtet. Bei der Verteilung der Leistungen und der danach sich richtenden Entschädigung der Organisten darf nicht bloß die Zeit, in der der Organist tätig ist, maßgebend sein, sondern die Tätigkeit desselben sollte auch noch nach anderer, tieferen Gesichtspunkten bewertet werden. 1. Das Orgelspiel ist eine Fertigkeit, die man sich nicht in einigen Monaten, sondern nur in jahrelanger Uebung erwerben kann. 2. Durch den Organisten dienst ist der Organist ein und jeden Sonntag das ganze Jahr hindurch gebunden. 3. Das Spiel vor versammelter Gemeinde ist, wie jedes Auftreten in der Öffentlichkeit (Rede, Vortrag), mit einer besonderen Anspannung der Nerven verbunden. 4. Jedes öffentliche Auftreten, also auch das Orgelspiel, ist über jede andere Leistung (in Büro, Schule, Werkstatt usw.) zu stellen und deshalb auch höher zu entlohen. 5. Die Dienstvortung des Organisten ist mit der Dauer des Gottesdienstes nicht erledigt, sondern schließt auch noch (wenigstens bei gewissenhaften Organisten) eine Vorbereitung in sich, die je nachdem 1—2 Stunden dauern kann. 6. Somit muß bei Bemessung der Entschädigung nicht bloß die Zeit des Got-

bedienstet, sondern auch die Zeit der Vorbereitung in Betracht gezogen werden. 7. Endlich soll noch auf die Wichtigkeit des Orgelspiels im Gottesdienste hingewiesen sein. Man denke sich einmal die Gottesdienste ohne das Orgel- und Nachspiel, ohne den schönen kraftvollen Choral, ein Abendmahl ohne die stimmungsvolle Begleitung durch die Orgel und man wird zu der Überzeugung kommen, daß das Orgelspiel ein wichtiger Bestandteil des Gottesdienstes ist und darum auch seiner Bedeutung entsprechend entlohnt werden soll. — Nicht man also die Leistung des Organisten nicht an einem rein äußerlichen Maßstab, sondern nach dem hier angeführten Gesichtspunkte, nimmt man noch hinzu den heutigen niedrigen Geldwert, die sonstigen hohen Lohn- und Gehaltsverhältnisse und die enorm gestiegenen und noch steigenden Preise für alle nur denkbaren Artikel des täglichen Bedarfs, so dürfte sich die Forderungen der Organisten in einem immer noch wähliger Rahmen bewegen. Auch der Umstand, daß die Lehrer bis zum Jahre 1899 den Organistenlohn umsonst versahen und vom genannten Jahre ab nur eine bescheidene Belohnung erhielten, dürfte der starke Grund genug sein, der Organisten in der Entschädigungsfrage weitmöglichst entgegenzukommen zu zeigen. Die Rücksicht auf die durch die Erhöhung der Organistengehälter hervorgerufene starke Belastung der Kirchenkassen darf und soll kein Grund sein, die Organisten mit einer geringeren Belohnung abzufinden. Bei einigem guten Willen lassen sich auch da Mittel und Wege finden, um eine den Zeitverhältnissen entsprechende Entschädigung für den Organisten dienst ermöglicht zu können. In länger Erwägung des Gesagten dürfen die Organisten erwarten, daß sich Geistliche und Räte einkinderte im Interesse der Kirche einer besseren Entschädigung verschließen und die gerechten Forderungen der Organisten erfüllen werden nach dem Grundsatz: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“.

Zur Kratze der Organisten des Bez.-Lehrervereins Altesfeld: Fecht.

Der neue Staatspräsident. Der neue Staatspräsident Dr. v. Hieber vollendet am kommenden Freitag sein 58. Lebensjahr. Er ist ein Bayernsohn und stammt von Waldhausen Ob. Welzheim. Nach dem Besuch der Lateinschule in Eßendorf schlug er die übliche Laufbahn eines evangelischen Theologen ein, besuchte die theologischen Seminare in Schöndal und Urach und studierte in Tübingen und Göttingen Philosophie und Theologie. 1885 machte er den Dr. phil., wurde 1890 Stadtpropst in Tullingen, 1892 Professor und Religionslehrer am Karls Gymnasium in Stuttgart. Von 1898 bis 1910 war er Mitglied des Reichstags und vertrat den zweiten Reichstagswahlkreis als Mitglied der Nationalliberalen Part. i. Der Bezirk Württemberg sandte ihn von 1900—1910 in den dritten Landtag. Als dann Hieber zum Regierungsdirektor im Evangelischen Oberkirchenrat befördert wurde, machte er seine parlamentarische Tätigkeit aufgeben, wurde aber 1912 vom Bezirk Württemberg wieder in den Landtag gewählt, denn er selber war unterbrochen angehört. In den Revolutionstagen des Novembers 1918 ernannte ihn noch der König zum Kultminister. Damals hat Hieber das Amt nicht angetreten, denn die Sozialdemokratie vergab die Ministerämter. Erst als Dr. Lindemann vom Ministerium des Innern ging und Heymann nachrückte, konnte, war der Zeitpunkt gekommen, an dem Hieber auf den richtigen Platz gestellt wurde, auf das Kultministerium. Dr. Hieber hat im Dezember 1918 die politische Schwertung der Nationalliberalen zur Deutschen demokratischen Partei mitgemacht. Sein Fleiß und seine Tatkraft werden allseits anerkannt. Im übrigen gilt auch von ihm das Dichtwort: „Von der Parteien Günst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“.

— Die Parteikämpfe der Gegenwart und die durch sie erzeugte Spannung dürfen uns nicht vergessen lassen, daß dem deutschen Volke eine Aufgabe gestellt ist, die über den Parteien steht. Im Osten gilt es deutsches Land zu retten. Hunderttausende von Abstammungsberchtigten aus dem Reich sollen die Fahrt nach der Heimat antreten. Die ungeheuren Kosten dieser Völkerwanderung müssen durch private Mittel bestritten werden. In der „Grenz-Spende“ sollen sie aufgebracht werden — niemand darf sich von ihr ausschließen, wenn das schwere Werk gelingen soll. Beiträge für die Grenz-Spende werden von der Geschäftsstelle unserer Zeitung, die darüber öffentlich quittiert, gern angenommen.

— Der Lebensunterhalt einst und jetzt. Nach der Zusammenstellung eines Pariser Blattes sind die Kosten für den Lebensunterhalt gegenüber 1913 gestiegen: in den Vereinigten Staaten um 206 Proz., in England um 257 Proz., in Frankreich um 330 Proz., in Italien um 330 Proz., in Deutschland um 1000 Proz. und in Österreich um 4000 Prozent. Vergleicht man mit diesen Werten die Steigerung des Notenumlaufs, so ergibt sich eine überraschende Parallele. Die Zunahme beträgt nämlich in den Vereinigten Staaten 101 Proz., in England 244 Proz., in Frankreich 375 Proz., in Italien 335 Proz., in Deutschland 875 Proz. und in Österreich 3900 Prozent.

— Postkarten zur Fruchtagengebühr von 10 Pfennig. Die Erhöhung der Postgebühren bringt es mit sich, daß jedermann darauf bedacht sein muß, seine Postwertzeichen so billig als möglich zu gestalten oder wenigstens einzusparen. Im Zusammenhang mit diesem begründeten Bestreben möchten wir darauf hinweisen, daß Postkarten nicht unter allen Umständen mit 30 Fig. freigemacht werden müssen. Ansichtskarten und 30 Fig. Freigemacht werden können in ganz Deutschland für 10 Pfennig verschickt werden, wenn sie außer der Adresse des Empfängers nicht mehr als fünf Worte für Mitteilungen enthalten.

Calw, 23. Juni. (Heidelberger.) Heute wurden wie in den Friedensjahren eine größere Zahl von Körben auf dem Calwer Wochenmarkt zum Verkauf aufgestellt. Für das Pfund wurden 2 Mark verlangt. Die Preise gingen bis auf 1,70 Mark zurück. Die Käufer verhielten sich abwartend. Es wird nun am Publikum liegen, ob die Preise anständig hoch gehalten oder in angemessener Weise festgesetzt werden. Die Heidelbergerernte fällt in manchen Waldteilen sehr gut, in anderen weniger gut aus, je nachdem der Frost im Mai sich geltend gemacht hat. Jedenfalls darf mit einer mittleren Ernte gerechnet werden, die zur Versorgung der Bevölkerung ausreicht.

Fruchttag, 22. Juni. (Massenkundgebung.) Gestern abend um halb 7 Uhr fand auf dem Marktplatz eine Massen-kundgebung statt gegen Feuerung, Zucker, Milchschlag und Lufistik. Die Versammlung wurde eröffnet vom Gewerkschaftsvorsitzenden Bitter und als Referent sprach Mathis aus Stuttgart, welcher in kurzen Ausführungen darlegte, daß zahllose Erscheinungen der Bevölkerung Friedensstadien bezeugen die weitgehende Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, besonders der Ernährungslage. Sofort kam Redner auf die Lufistikfrage zu sprechen, für welche die hiesige Stadt eine Friedensstadt sei, während sie für die einheimische Bevölkerung in ihrem weitest größten Teil als Lebensmittel bezeichnet werden müsse. Es sei festgestellt, daß 50 Prozent der Lufistikfrage sich ohne ärztliches Attest hier verkaufen. Im Anschluß erfolgte der Hinweis auf die Verteuerung der Lebensmittel, Futur, Gewürze, Wohnung, Kleidung, dazu die 50proz. Erhöhung des Milchpreises. Die Verteuerung habe sich gehäuft, diese letztere vor der Wahl vorzunehmen und habe dadurch eine zweite Revolution verhindert. Der Lebensmittelpreiserhöhung siehe gegenüber nicht eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter und kleinen Beamten, vielmehr eine Herabsetzung. Es sei keine Gelegenheit zur Arbeit für Hunderttausende von Arbeitswilligen, deren Lebensbedürfnisse zu befriedigen sei, daß sie jahraus, jahrein mit der unzureichenden Arbeitslosenunterstützung sich begnügen. Darum habe sich das Gewerkschaftsamt eingeschlossen, am heutigen Abend zur selben Stunde im ganzen Land, in allen Städten und Dörfern eine Protestkundgebung zu veranstalten, um die Regierung zu erinnern, wozu diese Dinge führen. Es soll zum Ausdruck kommen, daß die Verteuerung Protest einleitet gegen den Schleichhandel der Verdächtige, der es der unbedeutendsten Bevölkerung nicht mehr möglich macht, die Preise für die endlos verteuerten Lebensmittel zu bezahlen. Darauf wurde eine Resolution verlesen, welche von der Versammlung durch Hochheben der Hände gutgeheißen wurde; bei der Gegenprobe wabete sich niemand. Die Resolution wurde sofort dem Oberamt vorgelegt und nach erfolgter Verhandlung mit diesem der Versammlung bekannt gegeben, daß den Gewerkschaften nicht nur die Kontrolle des Schleichhandels der Lufistikfrage, sondern auch diejenige der Hotels auf Kurgäste ohne amtliches Zeugnis, sowie die Fleischversorgung zugestanden sei.

Alpirsbach. (Protst.) Der Gemeinderat Alpirsbach hat in seiner Sitzung gegen die neu festgesetzten Milch- und Butterpreise ganz energisch protestiert, weil für die Erhöhung dieser Preise in hiesiger Gegend absolut kein Grund vorliegt. Die Erhöhung des Milchpreises auf M. 1.20 ist im jetzigen Zeitpunkt als durchaus unbegründet bezeichnet worden.

Stuttgart, 23. Juni. (Sie wollen nicht.) Der Abg. Dauthmann hatte namens der Deutschdemokratischen Landtagsfraktion als letzten Versuch nochmals bei der Sozialdemokratischen Fraktion angefragt, ob die Sozialdemokratie nicht bereit ist, in Verhandlungen über die gemeinsame Bildung einer neuen Regierung einzutreten. Darauf ging vom Vorsitzenden Pfleger namens der sozialdemokratischen Fraktion die Antwort ein, daß sie gemäß der Beschlussfassung der Landtagskonferenz der Sozialdem. Partei nicht in der Lage ist, eines oder mehrere ihrer Mitglieder in die neue württ. Regierung zu entsenden.

Stuttgart, 23. Juni. (Anträge der Zentrumspartei.) Das Zentrum hat im Landtag verschiedene Anträge eingebracht, die sich auf Sparsamkeit in der gesamten öffentlichen Verwaltung, Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und auf Maßnahmen für eine rechtzeitige Einbringung der Ernte beziehen.

Stuttgart, 23. Juni. (Die Sozialdem. Landtagsfraktion.) Die Sozialdemokraten wählten Keil und Pfleger zu Vorsitzenden ihrer Fraktion. In den Vorstand wurden weiter berufen: Steinmayer, Egger, Ulrich und Frau Hiller.

Badnang, 23. Juni. (Ein Preisabschlag.) Die Schuhmacher-Zunft des Oberamtsbezirks gibt bekannt, daß sie auf Nacharbeit einen Abschlag von 25 Prozent beschlossen hat. Die Schuhwarenhändler Badnangs haben sich ebenfalls entschlossen, die Preise für Lederwaren herabzusetzen.

Schloß Zell, 23. Juni. (Ueberfall.) Graf Wilhelm von Zell wurde kürzlich auf der Heimfahrt von der Jagd im Tale bei Karls von einem Wilderer überfallen. Dieser gab zwei Schüsse auf das Gesicht ab, wovon der eine in den Boden ging, während der andere den Lufiker an der Schläfe verletzete.

Zu den Unruhen im Lande.

Zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit im Oberamtsbezirk Ulm, wo die Unruhen einen ersten Charakter angenommen haben, hat das Staatsministerium auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung den Ausnahmezustand verhängt. Zum Regierungskommissar wurde der Oberamtsvorstand von Ulm bestimmt. Gegen Theodor Körner jun. ist die Strafverfolgung beantragt worden wegen eines in der „Schwab. Tagzeitung“ veröffentlichten Aufsatzes, in dem zum Besonderen in ähnlichen Nahrungsmittelein am Stuttgart oder sonstige größere Industriebezirke, in denen Unruhen entstehen sollten, aufzufordert wird. Körner jun. ist in Schutzhaft genommen worden.

Auch in Feuerbach kam es zu ersten Zwischenfällen. Es wurden einige Häuser, die angeblich besonders schlechtes Brot lieferten, aus den Häusern geholt und im Zuge durch die Stadt geführt. Wie der „Sozialdemokrat“ berichtet, hat die Polizei die Häuser in Schutzhaft genommen.

Unruhen im Reich.

Lebensmittelunruhen in Krefeld. In Krefeld kam es am letzten Montag zu einer großen Kundgebung gegen den Lebensmittelwucher, an der ungefähr 10000 Menschen teilnahmen. Nach der Kundgebung zogen die Massen in das Stadttinnere. Es kam an mehreren Stellen zu Ausschreitungen. So stürmte die Menge die Markthalle, wo die Verkaufsstände ausgeplündert wurden. Im Warenhaus Lich wurden sämtliche Schaufenster des Erdgeschosses zertrümmert und die Waren geraubt. Da die Polizei gegen die Ausschreitungen machtlos war, schritt die bayerische Besatzungsbehörde mit einem großen Truppenaufgebot ein. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Osnabrück ist es in der Nacht zum Montag zu schweren Kämpfen gekommen. Die Ursache war die Lebensmittelverteilung. Es wurde ohne Erfolg versucht, das Geschäft zu klären. Die ganze Nacht dauerte das Schießen an. Der Sicherheitspolizei gelang es zunächst nicht, der Unruhen Herr zu werden. Militär ist vorläufig nicht eingeschritten.

Bermischtes.

Mordanschlag auf Wilhelm II.? „Chicago Tribune“ meldet aus dem Haag, daß gegen den früheren Kaiser Wilhelm ein Attentat verübt worden sei. Ein Deutscher, der sich als Arbeiter verkleidet hatte, verschaffte sich Zugang in das Schloß des Erzherzogs unter dem Vorwand, daß er die Wasserleitung reparieren müsse. Er erwartete den Kaiser in der Schloßhalle, suchte ihn mit einem Instrument zu töten, verletzete ihn aber nur am Kiefer. Der Täter wurde verhaftet; er verweigert jede Auskunft.

Selberfunde. Bei den Erdbarbeiten des Bahnbauers Bretten-Kirnbach wurde auf der Teilschneidung Knittlingen-Bretten aufwärts ein Teil eines Gräberfeldes aufgedeckt. In einer Tiefe von ungefähr 60 bis 120 Zentimetern wurden auf freiem Feld 12 Gräber aufgedeckt. Die Skelette sind noch sehr gut erhalten, doch sind die Knochen brüchig und zerfallen bei der Berührung. In einem Grab fand man neben dem Skelett eines erwachsenen Menschen etwas tiefer das eines Kindes. Eisenbleche, deren Bedeutung nicht mehr mit Sicherheit festzustellen war, fanden sich ebenfalls vor. Von der Stuttgarter Vestenstelle für Altersuntersuchung wurde Herr Knöller aus Mühlacker beauftragt, die weiteren Grabungen vorzunehmen. Nach der Beschaffenheit der Knochen zu urteilen, dürfte es sich um Gräber aus der Zeit der Belagerung von Bretten und Knittlingen handeln, da zu dieser Zeit nach in Knittlingen vorhandene Urkunden auf dem Gwand Bergfeld ein Treffen stattgefunden hat. Andererseits liegt jedoch die Vermutung nahe, daß die Gräber erst aus der napoleonischen Zeit stammen.

Die Leiche im Reifehof. Auf der Bahn von Stendal nach Hamburg wurde ein Reifehof von der Polizei beschlagnahmt, in dem man Schiebergut vermutete. Als man den Reifehof öffnete, fand man die Leiche eines Gemüsehändlers aus Stendal vor, die von den Mördern nach Hamburg geschafft werden sollte.

Der deutsche Arbeitsmarkt. Die des Reichsarbeitsministeriums mitteilt, weist die Gesamtzahl der unterfügten Erwerbslosen im Deutschen Reich am 1. Juni einen bemerkenswerten Rückgang auf. Die Gesamtzahl der weiblichen Erwerbslosen ist allerdings von 60796 auf 61541 gestiegen, dagegen ist die Zahl der männlichen Erwerbslosen von 213654 auf 208900 gesunken. Die Gesamtzahl der unterfügten Erwerbslosen betrug am 1. Juni 270441, während sie am 15. Mai 274450 betragen hatte. Der Rückgang der Differenz hat sich gegen die früheren Berichtsperioden erheblich verlangsamt.

Im Alter von 104 Jahren gestorben. In Friedland in Mecklenburg starb im Alter von 104 Jahren nach kurzer Krankheit Johann Hege den, der am 1. Oktober 1816 geboren wurde. Hege den war bis zu seinem Lebensende körperlich und geistig frisch und dürfte der älteste Einwohner Mecklenburgs gewesen sein.

Eigene Vorkämpfer für Danzig. Die Postverwaltung des Preisaates Danzig wird in nächster Zeit Postwertzeichen mit dem Ueberdruck „Danzig“ ausgeben. Die Postanstalten des Preisaates werden neben diesen Wertzeichen einwirken noch die deutschen Wertzeichen ohne Ueberdruck weiter verwenden.

Handel und Verkehr.

Schlund im Gangworte. Während die Wohnungsnot zur Erstellung neuer Wohnungen durch Einbau oder Umbau drängt, während Baustoffe genug für eine bescheidene Sanftigkeit vorhanden sind und Millionenbeträge aus öffentlichen Mitteln zur Unterstützung des Wohnungsbau bereitzustellen, droht dem Baugewerbe völliger Stillstand. Der Grund liegt in der ungeheuren Höhe der Baupreise. Der Privatmann, der Geschäftsmann, die Gemeinde nehmen bei gewissenhafter Abwägung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit von drachsigsten Bauarbeiten Abstand, weil die Vergebung von Baudarlehen heute einen Sprung ins Dunkle bedeutet. Und doch kann gebaut werden, kann tausenden von Kopf- und Handarbeitern des Baugewerbes die Erwerbslosigkeit erspart werden, wenn alle Teile, Architekten, Bauunternehmer, Bauhandwerker und Bauarbeiter sich zusammenschließen und sich dazu entschließen, lieber bei angetrengter ergiebiger Arbeit mit bescheidenem Gehalt und geringerer Entlohnung vorlieb zu nehmen als ganz zu feiern. Ein Zusammenarbeiten muß hergestellt werden, bei dem jeder Teil den Nutzen des anderen als auch den feindlichen betrachtet. Das württ. Ministerium des Innern will versuchen mit dem Arbeitsministerium die Möglichkeiten der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Wohnungsbau in einer Versammlung von Vertretern der beteiligten Kreise, insbesondere auch der Gemeinden, zur Gedrängung zu bringen. Der Zeitpunkt wird demnächst bestimmt werden. Zunächst ergeht an alle Beteiligten die Aufforderung, sich schäftig zu machen über ihre Bereitwilligkeit, opferbereit an der großen Aufgabe zum eigenen Vorteil und zum allgemeinen Besten mitzuarbeiten.

Freiwillige Unterstützung für die Anmeldung deutscher Forderungen in Großbritannien. Ähnlich wird mitgeteilt: Die Frist zur Anmeldung von Rechten, Gütern und Interessen deutscher Reichsangehöriger im Gebiet des Britischen Reiches gemäß dem Bestimmungen des Friedensvertrages einschließlich der Kolonien und Protektoratsländer ist bis zum 5. Juli verlängert worden.

Verband deutsch-brasilianischer Firmen. Zur Förderung der deutschen Handelsinteressen in Brasilien wurde ein Verband deutsch-brasilianischer Firmen in Rio de Janeiro gegründet.

Das Verbot der Ausfuhr von Farbstoffen aus dem besetzten Gebiet ist durch Verfügung der internationalen Kommission mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. Die deutschen Bestimmungen über die Ausfuhr von Farbstoffen werden dadurch nicht berührt.

Baumwollindustrie. Auf der ordentlichen Generalversammlung des Vereins österr. Baumwollindustrieller in München, die mit dem 50-jährigen Bestehen des Vereins (Stg in Augsburg) zusammenfällt, erstattete Syndikus Dr. Blum eingehenden Bericht über die wirtschaftlichen Fragen der Baumwollindustrie. Neben der Frage der Finanzierung der Rohstoffversorgung wurde insbesondere eingehend die Frage der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen für die Baumwolle, sowie für Garn und Fäden erörtert, über die zum Teil zwischen den verschiedenen in Betracht kommenden Lieferer- und Abnehmerverbänden Verhandlungen im Gange oder bevorstehen. Die Verhandlungen...



den neuen deutschen Baumwollkontrakt konnten vor kurzem zum Abschluss gebracht werden, Anlaß zu den schweren Klagen gab die Ausführpolitik der deutschen Regierung, die es der deutschen Baumwollindustrie zur Unmöglichkeit machte, weiterhin fertige Waren ins Ausland zu exportieren. Die Ausfuhr sei für die Baumwollindustrie eine Lebensfrage. Die Verammlung billigte die nachdrücklichen Schritte, die die Vereinstleitung seit Wochen, leider bisher ohne Erfolg, gegen Ausfuhrbeschränkung und Ausfuhrabgaben bei Baumwollwaren und gegen die lange Verzögerung der Ausfuhrbewilligungen erhoben hat. Eine große Gefahr bilden auch die Bestimmungen des Friedensvertrags, wonach für die Dauer von 5 Jahren Garne und Gewebe aus dem Elsass frei eingeführt werden dürfen, zumal da die französische Regierung einseitig außerordentlich hohe und in den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründete Kontingente festgesetzt und ein Verhandeln hierüber abgelehnt hat.

Am Montag fielen die Preise auf dem Baumwollmarkt in New York um 15 bis 105 Punkte.

Am Produktionsmarkt in Berlin zeigte sich für Hofen der unregelmäßige Preisbewegung trübe Verläufe. Bei Dillies, frischen bestand das Geschäft hauptsächlich in Umsätzen von zur Verfertigung geeignetem Material. Namentlich Erbsen waren mehr gefragt. Peluschen und Achterhothen lagen ruhig, Lupinen und Seradella lustlos. Wicken hatten etwas mehr Geschäft. Heu und Stroh waren mäßig umgekehrt. Hofen: Sofortige Abladung ab Ubladestation 2280, ab Schlesien 2200.

Ausfuhrhandel. Der Wert der deutschen Ausfuhr nach England belief sich im Februar, März und April auf 5.400.000 Pfund Sterling. Englands Ausfuhr nach Deutschland betrug in der gleichen Zeit 5.400.000 Pfund Sterling.

Preisfälle in den Vereinigten Staaten. In der letzten Woche bewerteten die allgemeinen Preisveränderungen in den Vereinigten Staaten an. Die Fabrikanten sehen sich mancherorts zu Ausfuhr gezwungen, ihre Waren um jeden Preis zu Geld zu machen. Stoffe und Schuhe stiegen um 50 p. H. Möbel erlitten bedeutende Preisabschläge.

Letzte Nachrichten.

BERLIN, 24. Juni. Der optimistische Ton in den Mitteilungen über Frenckhoffs Fortschritte in der Kabinetsbildung ist nach den Informationen des „Vorwärts“ nicht unberechtigt. Allerdings wird es, wie „Vorwärts“ hört, nicht möglich sein, bis zur heutigen Eröffnungssitzung des Reichstags die Kabinetsbildung zu beenden. So sehr die Verzögerung der Krise zu bedauern sei, so gering sei die praktische Bedeutung der Tatsache, daß der Reichstag sich heute und vielleicht auch morgen noch ohne die neue Regierung behelfen müsse. Zunächst habe er mit sich selber zu tun; er müsse sich konstituieren und in der zweiten Sitzung sein Präsidium wählen.

Da durch das Verhalten der Blasi-Unabhängigen eine Kombination, in der die sozialdemokr. Arbeiterkraft größtmöglichen Einfluß gehabt hätte, wie der „Vorwärts“ schreibt, aus dem Bereich der Möglichkeit ausgeschlossen ist und da ferner die Wiederherstellung der alten Koalition, so schreibt das genannte Blatt weiter, gegenwärtig als unmöglich betrachtet wird und da schließlich eine Regierung weder wünschenswert noch möglich sei, in der die äußerste Reaktion ausschlaggebenden Einfluß besäße, sei tatsächlich nur

nach eine Regierung der bürgerlichen Mitte möglich. Diese auf die die Beine zu stellen, sei Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht der Sozialdemokratie. Diese werde es nicht unterlassen, den Verdröppel der neuen Regierung zu fördern. Sie unterlasse es, der neuen Regierung ein Misstrauensvotum auszubringen, sofern ihre Zusammenfassung und ihr Programm dem entsprechen, was darüber bekannt geworden sei.

BERLIN, 24. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern nach Vornahme von Vorkonferenzen beschlossen, den Antrag einzubringen, die Regierung zu ersuchen, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch das Straffreiheit entsprechend der Vorkonferenzvereinbarung vom 29. März gewährleistet werden. Durch diesen Antrag würde für Geltung im ganzen Reich eine Amnestie im Geiste des Vorkonferenzabkommens gefordert.

BERLIN, 24. Juni. Laut einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Halle wurde in einer von mehreren tausend Arbeitern, Angestellten und Beamten besetzten Versammlung, in der energisch gegen den 10%igen Steuerabzug protestiert wurde, eine Entschlieung gefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß das Proletariat gewillt ist, von allen ihm zu Gebote stehenden Nachmitteln Gebrauch zu machen, wenn die brutale Maßnahme, wie sie der Steuerabzug darstellt, nicht beseitigt wird.

PARIS, 24. Juni. Auf der Antwort der Allierten auf die deutsche Note betreffend den Ersatzbestand der deutschen Reichswehr nach den Beschlüssen der Konferenz von Vonnlogne sind laut „Journal des Debats“ gestern der deutschen Friedensdelegation zwei weitere Noten betreffend die allgemeine Entwaffnung und die Ablieferung des Vorkonferenzmaterials überreicht worden.

ROTTERDAM, 24. Juni. Nach einer Meldung aus Tokio haben die russischen Gegenrevolutionäre die bolschewistischen Truppen östlich von Tschita geschlagen. Der Oberbefehlshaber Jatomow wurde getötet.

PARIS, 24. Juni. Das Sekretariat der Friedenskonferenz hat dem Großvater eine Note zugestellt, in der ihm eröffnet wird, daß die der Türkei zugestandene Frist zur Einreichung ihrer Bemerkungen auf den Friedensvertrag am 26. Juni abläuft und daß eine Fristverlängerung nicht zugestanden wird.

LONDON, 24. Juni. „Evening Standard“ vertritt aus diplomatischer Quelle, daß sich verschiedene bolschewistische Führer, unter ihnen auch Lenin, für die Bildung einer Koalitionsregierung bemühen. Man erwarte für die nächste Zeit einen Umschwung in der Regierung Sowjetlands.

Unwägbares Wetter.

Der Hochdruck beherrscht nunmehr ganz Südbayern. Am Freitag und Samstag ist trockenes, mit vereinzelt Wärmegewittern verbundenen Wetter zu erwarten.

Literatur.

Reinhold Gerling. Die Gymnastik des Willens. Schon wieder ist eine neue durchgeleitete und erweiterte Auflage des Gerlingbuchs erschienen, das auch während des Krieges immer größere Verbreitung erlangt hat. Der Kampf um die Existenz, der jetzt in schwerster Zeit erneut einsetzt, erfordert Menschen mit unerschütterlichem festen Willen, mit einer Energie die alle Schwierigkeiten, die in der neuen Periode des Ringens um den Erfolg dem reflexlos Strebenden in den Weg stellen werden, siegreich überwindet. Dies ist aber nur möglich, wenn man vollständig und unumkehrbar Herr über sich selbst ist, seinen eigenen Willen meistert und seine Leistungsfähigkeit auf das Höchste zu steigern vermag. Die Möglichkeit trägt über in sich. In der schweren Zukunft, durch die wir uns wieder zur Höhe hinaufkämpfen müssen, werden nur diejenigen ihren Platz behaupten und vorwärtskommen können, deren Willenskraft sie siegreich zum Taimensgiganten, zur vollen Entwicklung der Persönlichkeit führt, dazu ist die Forderung vierter Auflage erschienen „Gymnastik des Willens“ von Reinhold Gerling, dem genialen Schriftsteller und Hochreiter, alles in seinen Bann zu ziehen. Der Reiter, der rechte Begleiter. Der Preis des Buchs steht in keinem Vergleich zu dem hohen Lebenswert des epochalen Werks. Es ist durch die B. Rieker'sche Buchhandlung in Altensteig zu beziehen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Herr Wilhelm Günther zur Krone in Sprollenhans 6. Bildbad verkaufte dieser Tage sein Wirtschaftskonzept samt 2 Morgen Grundstücke um den Preis von 78000 M. an Herrn Gottlob Groß aus Badnang. Der Kauf wurde durch das Liegenschafts- und Immobilienbüro Chr. Herter in Ebenhansen abgeschlossen.

Herr Faust zum Röhle in Gontweiler Olf. Remching verkaufte sein in Gontweiler Olf. Remching 1 1/2 Morgen Grundstücke an Herrn Wilhelm Günther aus Sprollenhans um den Preis von 30 000 M. Der Kauf wurde durch das in dieser Gegend gut eingeführte Immobilienbüro Chr. Herter in Ebenhansen abgeschlossen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Siehe Deine

Grenz-Spende

für die Volksabstimmung dem Deutschen Schutzbund.

Annahmestelle:

B. Rieker'sche Buchhandlung in Altensteig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Einmachzucker und Kunsthonig. Dieser Tage kommt der Einmachzucker zur Ausgabe. Es entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 1000 Gramm. Der Preis ist M. 2.10 das Pfund.

Diejenigen Geflügelhalter, die ihrer Ablieferungspflicht mit Eiern nicht nachgekommen sind, erhalten keinen Einmachzucker.

Gleichzeitig werden auch 100 Gramm Kunsthonig auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben zum Preis von M. 7.20 das Pfund.

Der Monatszucker kann voraussichtlich im Lauf der nächsten Woche ausgegeben werden.

Regeld, den 21. Juni 1920. Oberamt: Mü n g.

Enzthal.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Dienstag, den 29. Juni 1920

in das Gasth. z. Saum in Gompelschauer freundlichst ein mit der Bitte, dies als persönliche Einladung anzunehmen zu wollen.

Gottlob Lanckenmann

Anna Koller

Hauptlehrer

Kohnbach

Oberenzthal.

† Gemeindepfleger Koller

Kirchgang um 11 Uhr in Enzthal.

Rohsalz und Viehsalz

in Zentner-Säcken

bietet billigst an

E. W. Luz Nachfolger

Rein Müller jr., Altensteig.

Altensteig.

Bremsenöl

in verschied. Flaschengrößen

Fliegenfänger

Naphthalin-

Motten-Tabletten

offen und in Rollen

Globol

Mottenschutz

in Beutel

empfiehlt

Chr. Burghard jr.

Verloren

eins

Haarspange

zwischen Altensteig-Wörnnersberg. Abzug geg. Belohnung Fran Gebr. „Waldfrieden“ Altensteig.

Altensteig.

Waschwind-Maschinen

mit prima Gummiwalzen sind wieder eingetroffen bei

Eigeln

Eihilfe

Eipulver

Ganzeipulver

Eiweißpulver

Milchpulver

Danillepulver

Danillewürze

Geleepulver

Puddingpulver

Salzyl

Natron

Ammonium

Bäckpulver

in 6 Sorten

empfiehlt

Fritz Haig Altensteig

Altensteig.

Schöne

Kirschen

sind eingetroffen bei

J. Wurster.

Ein junger

Bursche

von 18 Jahren sucht Stelle in einer Landwirtschaft.

Gesucht

2 Zimmerwohnung

die sich eignet für Sprech- und Wartezimmer.

Offerten an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zukunft

Glück, Charakter, Reichtum, Lebenslauf wird nach Astrologie (Sternbedeutung) berechnet. Nur Geburtsdaten einsehen. Viele Dankschreiben.

Schaub, Hannover.

Altensteig, 3.

Meistern.

Zwei schöne

Dach-

hunde

(Rüde) hat zu verkaufen.

Großmann

Zimmermann.

Altensteig.

Zu einem nächster Tag abgehenden Waggon

Alteisen

kann noch beigeladen werden und zahlt den höchsten Tagespreis

Paul Wallraf beim Schlachthaus

Mohrsubstanzen

zur Bereitung eines guten Hausrums mit und ohne Süßstoff

empfiehlt in großer Auswahl

Schwarzwalddrogerie

+ Altensteig +

Telefon 41.

Gestorbene:

Emmingen: Emma Reuz, geb. Dengler, Gattin des Chr. Reuz, Schreinerstr., 33 J.

Grönbach.

Ein Paar starke

Zug-Ochsen

steht dem Verkauf aus

Adam Frey, Jr. 5.

Für Einmachzwecke

empfiehlt prima

Bergamentpapier

von der Rolle

die

B. Rieker'sche Buchhandlung

